



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 31. Mai 1880.

Nr. 248.

## Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat Juni für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.  
Die Redaktion.

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung vom 29. Mai.

Präsident v. Köllner eröffnet die Sitzung um 10<sup>1/2</sup> Uhr.

Am Ministertische: Kultusminister von Puttkamer und mehrere Kommissarien.

### Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch tritt für die Vorlage ein, indem er zunächst ausführt, daß darüber kein Zweifel bestehen könne, daß die Verhandlungen mit Rom zu einem negativen Resultat führen müßten. Die Regierung habe einen anderen Weg einschlagen müssen, um zum Ziele zu gelangen. In dieser Beziehung bezeichne der Staatsministerbeschluss vom 17. März einen Wendepunkt in dem kirchenpolitischen Streite. Auf diesem Boden sei die freikonservative Partei bereit, die Hand zur Verständigung zu reichen; von einer wirklichen Verständigung für eine Beendigung des Kulturkampfes könne für jetzt und für lange Zeit noch nicht die Rede sein. Auf diesem Gebiete gebe es keinen Frieden, die Periode des akuten Kampfes wechsele nur mit einem zeitweisen Waffenstillstande ab. Es werde also nur von einer Waffenruhe in Zukunft die Rede sein können. Die Neuheit der Form des Staaterechts könne ihn nicht hindern, für das Gesetz zu stimmen, wenn dabei nur die Rechtsanschauung des konstitutionellen Staates gewahrt werde. Seine Partei halte es deshalb für nothwendig, daß bei Ertheilung der Vollmacht Garantien für eine Kontrolle bei der Ausführung des Gesetzes gefordert werden. Es sei unerlässlich, daß die Vollmachten, welche ertheilt werden sollen, nicht auf unbestimmte, sondern auf begrenzte Zeit ertheilt werden; er und seine Freunde würden deshalb über die Dauer der gegenwärtigen Session nicht hinausgehen. Aus den veröffentlichten Schriftstücken gehe hervor, daß diese Vollmacht nur für die Eventualität ertheilt worden, insoweit als vorher von Seiten der Kirche entgegenkommende Schritte gesehen. Er beantrage die Beweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern und erwarte, daß in derselben in dieser Form die Vollmachten ertheilt werden. Wenn also er und seine Freunde dem Grundgedanken der Vorlage zustimmen können, so theilten sie doch die Bedenken, welche von anderer Seite gegen dieselbe erhoben werden, ja für viele seiner Freunde seien diese Bedenken so ernst und gewichtig, daß sie ihre Zustimmung von der Beseitigung derselben abhängig machen müßten. Namentlich dürfe die Zurückberufung der Bischöfe nur unter der Voraussetzung der Anerkennung der Anzeigepflicht erfolgen. Bischöfe, welche sich dolose in ihr Amt einschließen haben, müssen wieder entfernt werden können, wenn sie sich dieser Pflicht zu entziehen suchen. Alle Vergehen gegen die Anzeigepflicht müssen der Justiz verbleiben.

Kultusminister v. Puttkamer wiederholt seine gestrige Erklärung, daß die Regierung jedem Versuch, die Vorlage in einer Weise anders zu gestalten, daß der wesentliche und prinzipielle Kern derselben unberührt bleibe, sich von Herzen anschließende werde. Was die Ausführungen der Vordrucker anlangt, so seien am charakteristischsten diejenigen Äußerungen, welche die Vorlage ausgehend von zwei extrem entgegenstehenden Auffassungen auf das Entscheidendste verurtheilen. Die Abg. D. Falk und Dr. Windthorst stimmten darin überein, daß sie die Vorlage grundsätzlich perhorresciren. Dr. Falk sieht in der Vorlage den ganz unverhüllten Gang nach Canossa und Dr. Windthorst verwirft sie, weil sie die Kirche mit gebundenen Händen der Omnipotenz des Staates überliefert (Heiterkeit). Ich ziehe daraus für mich zu Gunsten der Vorlage den Schluss, daß sie nach der Regel der mittleren Pro-

portionale das Richtige getroffen hat (Heiterkeit). Die Vorlage will nichts weiter, als auf dem Boden der geordneten Landesgesetzgebung die Möglichkeit geben, durch eine friedliche Handhabung der Maßregeln den Beschwerden unserer katholischen Mitbürger Abhilfe zu schaffen. Das ist der Zweck und kein anderer. Was die Veröffentlichung der Depeschen anlangt, so ist der Zweck der gewesen, die Motive zu erläutern und zu vervollständigen. 3: etwas Weiterem hielt sich die Regierung für nicht verpflichtet. Der Minister geht dann auf die Widerlegung einzelner Ausführungen der Abgeordneten Windthorst und Falk ein. Dem Letzteren bestreitet er entschieden, daß diese Vorlage mit dem von ihm so voll und ganz gebilligten Staatsministerbeschluss in Widerspruch stehe. Die Vorlage stehe im Wesen und in der Sache hinter jenem Beschlusse nicht zurück. Von wo geht der Beschluss des Staatsministeriums denn aus? Er spricht aus, die Regierung wolle sich eine Vollmacht geben lassen zu einem Entgegenkommen auf dem kirchlichen Gebiete, sobald die von dem heiligen Stuhle kundgegebenen versöhnlichen Gesinnungen auch in Thaten zum Ausdruck kommen. Das war für die damalige Situation vollkommen richtig. Bleibt die Vorlage diesen Standpunkt auf? Keineswegs. Sie verlangt nur eine Vollmacht, von welcher sie Gebrauch machen will, wenn ein thatsächliches Entgegenkommen stattgefunden haben wird. Das Entgegenkommen des Staates war ausdrücklich an die zu erwartende veränderte Haltung der kirchlichen Organe geknüpft. Es ist das nichts anderes, als die Verheißung, daß die Regierung eine versöhnliche Praxis werde eintreten lassen, wenn die Garantien dafür gegeben sind, daß streng in der vorgeschriebenen Form verfahren wird. Ich verheißte in der That eine Aeußerung des Herrn Dr. Falk nicht, daß sich in dieser Vorlage eine bedenkliche Schwankung in der Auffassung von der Souveränität der Kirche kundgibt. Kein einziger der Grundpfeiler unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung wird durch diese Vorlage berührt — das ist ja eben die Klage des Centrums. Die Vorlage ist entstanden aus einer vollkommen freien Entscheidung der Regierung, die sie gezogen hat aus dem Resultate der seit Jahr und Tag schwebenden Verhandlungen. Sie ist nicht durch das Drängen von irgend einer Seite oder aus Konkurrenz nach irgend einer Seite hin entstanden. Herr Dr. Falk wird von mir nicht erwarten, daß ich der Würde des Staates irgend etwas vergeben werde, aber ich unterscheide mich von demselben darin, daß ich der Ansicht bin, daß zu einer gedeihlichen Leitung der Staatsgeschäfte noch ein Mehreres gehört, als die Wahrung des politisch-konstitutionellen Standpunkts, nämlich eine weitherzige Beurtheilung der im Lande vorhandenen Schäden und der feste Entschluß, Alles zu thun, was in menschlichen Kräften liegt, diesen Schäden Abhilfe zu schaffen. Ich versuche Weides, die politische und die moralische Verantwortlichkeit mit einander zu verbinden. Daß die erstere in erster Reihe stehen muß, versteht sich von selbst, aber hier ist die Frage: gibt es nicht einen Weg, beide harmonisch mit einander zu verbinden? Wollen wir auf dem Standpunkt des Herrn Dr. Falk verharren, so würden wir nicht in Jahr und Tag, nicht nach fünf, nicht nach zehn Jahren, nein niemals zum Frieden gelangen. Herr Dr. Falk hat gesagt, diese Vorlage werde dem Lande zum Schaden gereichen, auch wenn sie abgelehnt werden sollte; ich sage umgekehrt, diese Vorlage ist so vortrefflich, daß selbst ihre Verwerfung den Vortheil haben würde, dem Lande die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Staatsregierung Alles gethan hat, um dem Lande den Frieden wieder zu geben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Stablewski führt aus, daß die Maßregeln den Grundsatz, daß „Jeder nach seiner Façon selig werden kann“, auf die man sich in Preußen so oft berufe, schwer verletzen. Die Maßregelgebungen beruhe unzweifelhaft die Dogmen der katholischen Kirche, denn nach diesen eben sei der Papst das Oberhaupt derselben. Im Uebrigen wendet sich Redner namentlich gegen einzelne der gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Falk und geht dann sehr ausführlich auf die durch die Maßregeln in den katholischen Gemeinden geschaffene Lage ein. Die Polen hätten umsonstiger Veranlassung, der Vorlage mit Vertrauen entgegenzukommen, als das Wohlwollen des jetzigen Kultusministers an der Grenze der polnischen Landestheile Halt zu machen scheine. Sie würden sich daher

hüten, der Regierung eine neue Zuchttrube mit dieser Vorlage in die Hand zu geben. Der revolutionären Strömung, welche durch Europa gehe, könne mit Erfolg allein die Kirche und die Religion Einhalt thun, um so gefährlicher und bedenklicher seien die Wirkungen des verheerenden Kulturkampfes und der Maßregelgebungen. (Beifall bei den Polen und im Centrum.)

Abg. Graf Limburg-Stirum betont den Charakter der Vorlage als eine Phase in der großen mit Erlaß der Maßregeln begonnenen kirchenpolitischen Aktion, die uns zum Frieden führen soll, die große Majorität des Landes werde aus den Ausführungen des Herrn Kultusministers die Ueberzeugung gewinnen, daß derselbe die geeignete Person sei, um die Sache zum glücklichen Ausgang zu führen. Seine persönliche Legitimation in dieser Sache leite er aus seiner entschiedenen Mitwirkung her. Den Grundgedanken halte er auch heute noch für vollständig richtig. Aber die Vorlage sei der einzig richtige Weg, um praktisch ein günstiges Resultat zu erzielen. Die gewissermaßen akademischen Besprechungen in Wien hätten jedenfalls das wichtige Ergebnis gehabt, daß die Kurie der Anzeigepflicht nicht mehr ein entschiedenes non possumus entgegensetze. Der römische Stuhl ändere seine Stellung v. kanntlich nach Lage der Verhältnisse. Die gegen den Art. 4 ausgesprochenen Bedenken könne er nicht theilen, man dürfe eben nicht vergessen, wenn die Vollmacht eingeräumt werden solle. Der Abg. Falk habe freilich gestern den Versuch gemacht, dem Lande ein Mißtrauen in der Ausführung des Gesetzes einzujößen. Im Allgemeinen hinterlasse die Rede dieses Herrn den Eindruck, daß er nicht der intellektuelle Urheber und Leiter der Maßregeln gewesen sei, für den man ihn erst gehalten habe. In der Ausführung der Maßregeln habe er an dem Kultusminister Falk jede Spur einer staatsmännischen Ader vermisst. Einen Unterschied zwischen dem Staatsministerbeschlusse und der Vorlage herauszufinden, sei erst die Sache eines geschickten Advokaten, ein spezieller Unterschied sei aber nicht vorhanden. Die Hauptsache sei, daß es der Reichskanzler sei, dem man diese Vollmacht anvertraue. Zu diesem habe die Nation volles Vertrauen und werde seinen Versicherungen allerwegen mehr Glauben schenken, als den Befürchtungen des Abg. Dr. Falk. Redner schließt sich dem Antrage auf kommissarische Berathung an und hofft, daß es gelingen werde, die Vorlage zu einem gedeihlichen Abschluss zu bringen.

Abg. Dr. Birchow: Wenn man den Herrn Vordrucker hört, so sollte man glauben, daß er allein der Mann sei, in dem sich die staatsmännische Gabe in konzentrierter Gestalt findet. (Heiterkeit.) Wir haben aber auch etwas gelernt und legen Werth auf die Äußerungen derjenigen Herren, welche ein unabhängiges Urtheil sich bewahrt und das Wohl des Vaterlandes im Auge haben. Wenn wir ihnen folgen wollten, so würden wir in einen Wirrwarr gerathen, der den Anspruch auf konstitutionelles Staatswesen nicht mehr erheben könnte. Unsere Aufgabe ist die, das konstitutionelle Recht des Landes ungeschwächt aufrecht zu erhalten. In dieser Vorlage verlangt man von uns das Aufgeben unseres konstitutionellen Bewußtseins. Es ist das für uns ein entscheidender Punkt. Eine solche Vorlage ist noch niemals an ein preussisches Abgeordnetenhaus gebracht worden; noch niemals hat man von uns verlangt, der Regierung eine Vollmacht zu bewilligen, daß sie ein Gesetz handhaben kann, wie es ihr gerade paßt. Es handelt sich darum, der Regierung eine einfache Disposition zu geben, ohne daß sie uns bisher gesagt hat, was sie damit machen will. Glaubt denn die Regierung, daß ein Bischof zu ihr kommen und sagen werde: „Ich habe gesündigt!“ oder lateinisch: „pater peccavi.“ Dieser Fall wird nicht eintreten, ein solcher Bischof wird sich nicht finden. Oder will die Regierung vielleicht zu einem Bischofe sagen: „Komme und übernehm wieder die Diözese“ und glaubt sie, der Bischof wird das thun? Wir verhandeln hier einen unmöglichen Fall. Dieser Fall wird nicht eintreten; ich verstehe auch nicht, in welcher Weise dem Frieden des Landes damit gedient werden soll. Wie Fürst Bismarck die Sache ansieht, geht aus der veröffentlichten Depesche hervor. Herr von Puttkamer scheint weniger staatsmännisch zu sein, als Fürst Bismarck. Letzterer konzentriert seine Aufmerksamkeit lediglich auf das Centrum. Ist das Centrum bereit, neue Steuern

zu bewilligen, so wird er sich in Verhandlungen mit dem Papste einlassen. Um diesen Satz dreht sich die ganze Korrespondenz. Ist das ein Zustand, der in unserem inneren Staatsleben als ein gedeihlicher betrachtet werden kann? Nein, es ist das eine solche Abnormität für mich, daß ich sage, daß von einer regelmäßigen Entwicklung unseres Staatslebens gar nicht die Rede sein kann. Die Fortschrittspartei hat ein bestimmtes Programm aufgestellt; dieses Programm widerstreitet der gegenwärtigen gangbaren Auffassung, sowohl der katholischen, wie der protestantischen Kirche, nämlich darin, daß die eine oder die andere sich als die vollberechtigte darstellt. Der Weg, der in dieser Vorlage vorgeschlagen wird, ist nicht der Weg, der zu einem dauerhaften Frieden führen kann. Ob dieser Weg nach Canossa führen wird oder nicht, ist gleichgültig. Canossa ist ja nur der allgemeine Ausdruck für den Ort, wo man dem Papst möglichst seinen Willen thut. Wenn Fürst Bismarck in einer so hervorragend freundlichen Weise diese Verhandlungen erfordert hat, so wird man leicht annehmen, er fühle sich irgend wie unsicher. Redner weist mit großer Entrüstung die in dem Schreiben des Reichskanzlers vom 5. Mai gebrauchte Ausdrucksweise zurück, daß das Centrum mit den sozialistischen und fortschrittlichen Republikanern zusammengehe. Wir haben eine bestimmte Verfassung, wir haben diese Verfassung beschworen, wir haben auf Grund dieser Verfassung einen regelrechten Kampf geführt vor dem ganzen Lande und Niemand hat uns sagen können, wir wären gegen die Gesetze des Landes gewesen, wir hätten die Ehrebeleidigung gegen den König verlegt. Und nun stigmatisirt man uns in einem diplomatischen Aktenstücke als fortschrittliche Republikaner. Es war bisher ein Gebot der politischen Anständigkeit, daß man die Vertreter des Landes nicht anders beurtheilt, als nach ihren Handlungen, daß man ihnen nicht Sympathien unterschleibt, die in keiner Weise vorgekommen sind. Es ist ja sehr leicht, zu verdächtigen, es soll sogar leicht sein, zu verleumbden, aber es ziemt sich nicht, dergleichen Dinge zu einem fremden Gesandten zu sagen. Was meine Person betrifft, so hat man mich überall im Auslande als monarchischen Deutschen kennen gelernt. Auch wir wollen den Frieden, aber nicht auf dem Wege einer Gesetzgebung, welche in einem solchen Maße Willkür inauguriert, wie das vorliegende Gesetz. Redner macht noch darauf aufmerksam, daß das vorliegende Gesetz sich keineswegs ausschließlich mit den Katholiken beschäftigt, wie ja auch die Maßregeln nicht spezifisch gegen die katholische Kirche gerichtet seien. Für ihn sei dies nicht ganz gleichgültig, denn er wolle nicht, daß die protestantische Kirche von einer orthodoxen Minderheit erdrückt wird. Die ganze Richtung der Vorlage sei eine solche, welche Amendirungen gar nicht zuläßt; er empfehle die Ablehnung derselben. (Beifall links.)

Kultusminister v. Puttkamer: Der Vordrucker hat in einer für mich vollkommen begreiflich erregten Weise sich darüber beschwert, daß in einem amtlichen Aktenstücke von fortschrittlichen Republikanern die Rede ist. Ich will nur darauf erwidern, daß ich es für selbstverständlich halte, daß in dieser Depesche keine parlamentarische Partei gemeint ist. Die Thätigkeit jener Parteien zu beurtheilen, dazu hat aber die Regierung das Recht, ja sie hat die Pflicht, auszusprechen, wie sie sich die direkten und indirekten Folgen der Thätigkeit dieser Partei im Lande denkt, und da halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß dieser Depesche der Gedanke zu Grunde gelegen hat, daß die Konsequenzen der politischen Thätigkeit der Fortschrittspartei im Lande allerdings unvereinbar seien mit einer gedeihlichen monarchischen Entwicklung. Was die übrigen Ausführungen anlangt, so erwidere ich, daß es sich hier nicht um die Herstellung eines dauerhaften Friedens, sondern um die Aushahnung eines thatsächlichen Friedens handelt. Herr Birchow möge sich doch seinen Kopf nicht darüber zerbrechen, was die Regierung thun wird. Das ist eine Fürsorge für uns, die ich in aller Bescheidenheit ablehnen muß. Wir werden zur angegebenen Zeit schon wissen, was wir mit den Vollmachten zu thun haben, und wir werden diese Vollmachten ausüben und benutzen in dem patriotischen Sinne, in welchem die Vorlage selbst gemacht ist.

Abg. Stöcker: Diese Vorlage sei ein Friede, aber doch der Weg zum Frieden. Ich schätze die Macht des Konfliktes nicht, sehe



mitten im Kampfe, aber die beste Waffe in jedem Kampfe sei immer die Phase des Friedens. (Gelächter links.) Er glaube, wir werden den Frieden haben, weil man ihn haben müsse. Es gebe einen größeren Kampf, den großen Kampf zwischen Bösem und Gutem, den Kampf zwischen Ordnung und Unsturz, zwischen Evangelium und Materialismus. Wenn Herr Falk dem Hause zugerufen, es sei sogar ein Schaden, wenn die Vorlage abgelehnt wird, so gebe es ja ein Mittel, den Schaden zu heilen, nämlich die Annahme des Gesetzes. Herr Falk könne sich die Regierung gar nicht anders denken, als im Kampfe; die Regierung müsse über den Parteien stehen. Die konservative Partei wünsche die Beendigung dieses Kampfes, der an dem Marke des Volkes zehrt. Herr Birschow habe es übel genommen, daß die Fortschrittspartei als „fortschrittliche Republikaner“ bezeichnet worden. So ganz mit Unrecht sei das nicht geschähen, da das vornehmste Organ dieser Partei vor einem Jahre am 18. März geschrieben habe: Wer immer thätig oder leitend an den Kämpfen dieses Tages Theil genommen, für den sei die Erinnerung daran eine Art Gottesdienst. — Das sei viel mehr als republikanisch, das sei revolutionär. Eine Basis zu finden für eine Verständigung zwischen Staat und Kirche, das sei man der Nation schuldig, denn der Schaden, den der Kampf nicht bloß der evangelischen, sondern auch der katholischen Kirche zugefügt, sei groß und statisch nachzuweisen. Er (Redner) glaube, daß der Staat in voller Autonomie die Grenzen zum Schutze seiner Angelegenheiten ziehen solle, daß er aber auch der Kirche einen weiten Raum geben müsse zur Erfüllung ihrer hohen Aufgabe. Er begreife nicht, weshalb das Centrum sich gegen die Autonomie des Staates so sehr sträubt. Es komme gar nicht darauf an, wenn die Kirche nur dasjenige Maß von Freiheit genieße, dessen sie bedarf. Freilich, die Gesetzgebung dürfe nicht nur gerecht, sondern auch billig sein, sie müsse der Kirche wirklichen Raum schaffen und in keinem Punkte versuchen, das innere Leben der Kirche durch Maßregeln zu hemmen. Deshalb hätten die Konservativen gewünscht, daß diese Frage auf dem Wege der Verwaltungsgesetzgebung geregelt worden wäre. Gegen das Prinzip der diskretionären Gewalt habe er deshalb nichts, und er erkenne an, daß die Regierung in dieser Vorlage das Möglichste gethan hat, was in ihrer Macht stand, um zu einem Ausgleich zu kommen. Redner spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, das Gesetz in veränderter Form zur Annahme zu bringen, und daß auch das Centrum schließlich die Hand des Friedens ergreifen und der Vorlage zustimmen werde.

Abg. Reichenberger richtet seine Angriffe zunächst gegen die Verwaltung des früheren Kultusministers Dr. Falk, besonders wegen der katholischen Gemeindeordnung und des Altkatholikengesetzes, und weist die Behauptung als falsch zurück, daß Herr Falk die kirchenpolitischen Gesetze „mit Wohlwollen“ ausgeführt habe. Redner findet das Widerstreben des Fortschritts gegen eine Veränderung der Maigesetzgebung seltsam, da er doch keinen Anstand genommen habe, alle die religiöse Freiheit garantierenden Verfassungsartikel mit Befestigung zu helfen. Gegen die veröffentlichten Depeschen sich wendend, erinnert er daran, daß das Centrum im vorigen Jahre 130 Millionen neuer Steuern bewilligt habe, was doch Reichsfeinde sicherlich nicht thun würden. Die in den Schriftstücken gegen das Centrum erhobenen Anklagen seien durchaus hinfällig.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt. Abg. Dr. Gneist erklärt es als einen Vorzug, wenn man auf Grund der Vorlage mit den Bischöfen selbst unterhandeln könne, anstatt, wie es gegenwärtig der Fall sei, mit Rom. Insofern könne die Vorlage mit den erforderlichen Abänderungen annehmbar werden. Auch sei die Frage diskutabel, ohne daß der Weg der Vorlage zu beschreiten sei, ob thätig in der Seelsorge so viel Balancen vorhanden seien. Wenn es der Regierung gelinge, diesen Nachweis zu führen, dann werde man zu erwägen haben, wie dem Uebelstande abzuhelfen sei. Redner kommt sodann auf das Begnadigungsrecht der Krone, das unantastbar sei. Aber es sei ganz unmöglich, diejenigen Bischöfe, die nicht legal die Gesetze anerkennen, in ihr Amt wieder einzusetzen. Die Mai-Gesetze seien nicht als Kampf, sondern als Verteidigungsmittel erlassen, deshalb müsse man es der Verwaltung überlassen, ob sie derselben zur Verteidigung bedürfe. Er sei bereit, die Vorlage durch Amendirung annehmbar zu machen, um den verwaisten kirchlichen Gemeinden ihre Seelsorge wieder zu geben und den Beschwerden unserer Unterthanen (große Heiterkeit) abzuhelfen.

Es folgen persönliche Bemerkungen, dann wird die Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung; zweite Berathung des Gesetzes betreffend die Verwaltungsgerichte. Schluß 4½ Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 30. Mai. Wie wir hören, werden die Vertreter der Staatsregierung in der Kommission, die für die Berathung der Kirchenvorlage niedergesetzt wird, noch detaillirte Eröffnungen über den Stand der Angelegenheit machen. In parlamentarischen Kreisen wird von Konservativen erzählt, die Regierung beabsichtige, von den durch gerichtliches Urtheil abgesetzten Bischöfen nur den Fürstbischof

von Breslau, Dr. Förster, der bekanntlich von jeder persona gratissima am preussischen Hofe war, allein in seine Diözese zurückzuberufen.

Ob der Reichskanzler an den ferneren Debatten über die Kirchenvorlage sich noch betheiligen wird, wird noch von den Umständen abhängen. Man erzählt, daß der Kanzler mit der Vertretung der Vorlage durch den Kultusminister durchaus zufrieden ist, und auch der Kaiser, der sich über die zweitägigen Beratungen des Abgeordnetenhauses die eingehendsten Berichte hat erstatten lassen, hat seine hohe Befriedigung über die Namens des Staatsregierung abgegebenen Erklärungen seitens des Kultusministers ausgesprochen.

Die Konservativen senden in die Kommission die Abgg. von Rauchaupf, von Wedell-Malchow, Graf Limburg-Stürum, Holz und Freiherrn von Hammerstein. Das Centrum wird alsdann mit den Konservativen über 11 Stimmen verfügen, so daß das Centrum sich der Hoffnung hingibt, die Vorlage werde schließlich doch noch eine solche Form erhalten, daß es mit seinem Gewissen wird vereinbaren können, seine Bedenken fallen zu lassen und für das Gesetz zu stimmen. Vorläufig hüllen sich die Centrumsmitglieder in tiefstes Schweigen.

In Bundesrathskreisen erwartet man die Einbringung der Vorlage über die Verlegung der Elbholgrenze nach Cuxhaven noch im Laufe dieser Woche; es scheint, daß der Reichskanzler für diese seine Vorlage eine Majorität im Schooße des Bundesraths finden wird.

Vor seinem Auseinandergehen wird der Bundesrath sich noch nicht mit dem vom Reichstage angenommenen Gesetze betreffs der Beschränkung der Theaterfreiheit zu beschäftigen haben. Die Stimmung im Bundesrathe geht dahin, noch weitere Gutachten über diese Angelegenheit einzuholen, ehe darüber endgültig entschieden werden kann.

### Provinzielles.

Stettin, 31. Mai. Die von der Dampfschiff-Gesellschaft „Goglow“ eingestellten, bei Müller u. Holberg neu erbauten Dampfer „Stadtrath Hellwig“ und „Blücher“ sind dem aufmerksameren Theile des Publikums nicht mehr unbekannt, da beide Schiffe schon seit einiger Zeit sich im Betriebe befinden. Nachdem die innere, sehr elegante Einrichtung der Kajüten nach amerikanischem Muster nimmere vollendet und einige unerhebliche Abänderungen vorgenommen sind, wurde Sonntag Vormittag mit dem „Hellwig“ eine Probefahrt vorgenommen, welche nach dem übereinstimmenden Gutachten der zahlreichen Sachverständigen ein außerordentlich befriedigendes Resultat lieferte. Nachdem die vorgeschriebenen Minutenzahlen auf den bekannten Strecken der Oder glücklich überwunden waren, entwickelte das Schiff mit voller Dampfspannung eine Fahrgeschwindigkeit von 10½ Knoten per Stunde. Die Maschine von 24 nominalen Pferdekraften arbeitete trotz der hohen Dampfspannung mit kaum merklicher Erschütterung des Schiffes. Hochwasser und Sog verursachte der Lauf des Schiffes in nur geringem Maße. Die Manövertüchtigkeit des Schiffes erwies sich als ganz ausgezeichnet. Insbesondere konnte das Schiff infolge einer von dem Obermaschinenmeister W. mobilisirten Konstruktion des Propellers (Schraube) in ungewöhnlich kurzer Zeit außer Fahrt gesetzt werden. Dieselbe Schrauben-Konstruktion ist bereits früher bei den neueren Dalg'schen Dampfern eingeführt. Der „Hellwig“ (Kapt. Pust) und das Schwester Schiff „Blücher“ (Kapt. Knuth) sind übrigens durchaus seetüchtige Fahrzeuge, obwohl ihr eleganter und seiner Schnitt ihnen das Extérieur leichter Flugsdampfer verleiht. Die Schiffe fassen bequem auf Deck 210 und in der Kajüte 90 Personen. Vermessen sind sie leider nur auf 213 Personen, à 6 Quadratuß, auf welchem Raume ein hochaufgeschossener Jüngling sich allerdings bequem ausstrecken kann. In dieser Beziehung wäre eine Veränderung der betr. Bestimmungen wirklich dringend zu wünschen. Ja, brauchten alle Personen soviel Platz, wie z. B. ein durch seinen Lebensumfang wie seinen treffenden Wit bekannter, auf der Fahrt mit anwesender Restaurateur, so würden die sechs Quadratuß vielleicht angemessen und passend erscheinen. Wir Stettiner haben aber doch im Ganzen nur wenige solcher starken Figuren und unsere Damenwelt sucht sich nach der jetzigen Mode noch besonders schlank zu kleiden. Vielleicht haben wir Gelegenheit, noch einmal darauf zurückzukommen.

Eine bedauerliche Kollision fand Sonntag Mittag in der Swine statt. Der englische Dampfer „Dragon“, stromabwärts laufend, wurde von dem Dampfer „Tilsit“, welcher auf der Tour von Swinemünde nach hier begriffen war, von der Backbordseite angerannt. Der Vordersteven und das Bugspriet des „Tilsit“ segte das Deck des „Dragon“ förmlich ab, riß die Schanzkleidung, die Kommandobrücke zc. mit fort und traf der „Tilsit“ mit der Dampfwinde des „Dragon“, welche an ersterem Schiffe hängen blieb, hier ein. Der „Tilsit“ verlor das Bugspriet und erlitt einige Beschädigungen am Vordersteven. Leider ist bei dem Zusammenstoß ein Menschenleben arg gefährdet. Dem Lootsen Höpfner von hier, welcher sich auf der Kommandobrücke des „Dragon“ befand, wurden beide Beine zerbrochen und erlitt er außerdem noch gefährliche Kontusionen. Der Zusammenstoß ist angeblich dadurch herbeigeführt, daß die Schiffe einem dritten von Swinemünde kommenden Dampfer ausweichen mußten.

Die von der Stadtschuldeputation veranstaltete und von uns angezeigte Ausstellung von Zeichnungen und Handarbeiten hiesiger Schulen wurde am Sonntag Vormittag in der vom Brandinspektor Herrn Thomas schön decorirten städtischen Turnhalle eröffnet. Der Herr Stadtschulrath Val-

jam sprach sich über die Veranlassung und den Zweck der Ausstellung aus und empfahl dieselbe der Beachtung mit der Bitte, an die Leistungen der Schulkinder nicht den Maßstab legen zu wollen, welchen man an die Arbeiten Erwachsener und weitergebildeter Damen legen könne. — Nach der Eröffnungsgrede sangen die Schülerinnen der Johannis-Hochschule eine Motette und gaben damit Gelegenheit einen Beweis von der guten Schulung unserer Anstalten auch in Betreff des Gesanges. Die Ausstellung aber giebt Zeugniß von der bewährten vortrefflichen Leitung und den erfreulichen Resultaten unserer städtischen Schulen. Man gewinnt einen deutlichen Ueberblick über den besorgten Lehrgang und die gestellten Ziele. Vielfach wird beim Unterrichte das praktische Leben berücksichtigt und jedenfalls werden die Kinder die an den ausgestellten Sachen erkennbare Lust und Liebe zum Arbeiten mit ins Leben nehmen und so können ihnen dann die erlangten Fertigkeiten nützlich sein. Die Ausstellung währt bis incl. 6 Juni und ist der Besuch derselben zu empfehlen.

Betreffs der gegenwärtig den Polizeibehörden obliegenden Funktionen in der Behandlung der Hundsjachen ist darauf hingewiesen worden, daß durch die neue Gesetzgebung dieselben geringe Abänderungen erfahren haben, insbesondere die Verpflichtung des Finders bestehen geblieben ist, den Hund bei der Polizeibehörde anzumelden. Dagegen besteht, nach dem zur deutschen Civilprozessordnung ergangenen Ausführungsgeetze vom 24. März v. J. für den Finder nicht mehr die Verpflichtung, die gefundene Sache zur gerichtlichen Verwahrung anzubieten, ebenso wenig braucht ohne Antrag ein Aufgebot der gefundenen Sachen zu erfolgen.

Seit Sonnabend Mittag ist der 16jährige Sohn des Lederhändlers Falk verschwunden und wird vermuthet, daß demselben ein Unglück zugefallen, da er unter der Langen Brücke gesehen worden ist.

Die in der Oder aufgefundene Leiche ist als die des bereits seit Januar verunglückten Arbeiters S e l l e n t h i n rekonnostrirt.

Am Sonnabend Nachmittag entstand in den Komtoirräumen des Kommissionsraths W o l f e n h a u e r, Wollweberstraßen und Louisenstraßen-Gäß, Feuer aus, wodurch verschiedene Mobilien im Werthe von 450 M. verbrannten. Durch das Personal wurde ohne Zuziehung der Feuerwehr jede Gefahr beseitigt.

Nach den Bestimmungen des Jagdschöngejes vom 26. Februar 1870 dürfen im Monat Juni nur geschossen werden: Rehböcke. Der Abschluß alles übrigen jagdbaren Wildes ist in diesem Monat verboten.

Die seit dem 1. April d. J. im Verlage von S. Salomon hieselbst erscheinenden „Stettiner Nachrichten“ sind mit dem heutigen Tage wieder eingegangen, da das Blatt bei dem Publikum nicht den Anklang gefunden hat, der vom Verleger erwartet wurde.

### Bermischtes.

Durch eine amüsante Wortverwechslung hat ein Schauspieler in der Hise des Gesichts bei einer „Don Juan“-Aufführung auf einem jüdischen Theater die unbedingteste Heiterkeit entfesselt. Das kleine Malheur passirte dem Darsteller des Masetto. Als dieser mit Gewehr und Pistole wohlbewaffnet im zweiten Akte auf der Bühne erscheint, um Don Juan zu suchen, trifft er diesen vor Elvirens Haus und ruft ihn, indem er ihn stellt, wie folgt mit Pathos an: „Feuer! oder ich gebe Antwort!“ Selbstverständlich wollte er das Gegentheil sagen: „Antwort, oder ich gebe Feuer.“

Dresden, 27. Mai. (Kampf zwischen zwei Elbhechten.) Wie der Sägefisch in der Südsee zeitweilig mit dem Walfisch auf Tod und Leben kämpft, so schelnen auch unsere Elbhechte keineswegs immer ein friedliches Leben zu führen, denn gestern Nachmittag konnte man von der Albertbrücke aus ganz deutlich bemerken, wie zwei derartige Wurschen von respektablem Größe im blutigen Strauße mit einander lagen. Der Kampf wurde dicht an der Oberfläche der Elbe geführt, und zwar so hitzig, daß sich das Wasser, aus dem immer ein oder der andere Fisch weit herauschnellte, auf einen weiten Umkreis hin in Aufruhr befand. Das interessanteste Schauspiel, welches wohl gegen 10 Minuten dauerte, endete schließlich damit, daß der eine der Hechte mit weitaufergerissenem Bauche todt stromabwärts trieb.

### Telegraphische Depeschen.

Wien, 30. Mai. Personen, welche mit der Nuntiaturs Verbindung unterhalten, äußern sich dahin, daß ungeachtet gegenwärtiger Schwierigkeiten gerade auf der Basis der preussischen Kirchenvorlage früher oder später ein modus vivendi zwischen Preußen und dem Vatikan erwartbar sei.

Wien, 30. Mai. Nach der „Montagsrevue“ fand heute unter Borst des Kaisers ein Ministerrath statt. Der Kaiser wird auf der Reise nach Böhmen deutsche und czechische Industrie-Etablissements besuchen.

Wien, 30. Mai. Pronuntius Jacobini soll gestern geäußert haben, er glaube zuversichtlich an Erreichung eines modus vivendi zwischen Preußen und dem Vatikan, trotz des momentan ungünstigen Standes der Angelegenheit. Die preussische Kirchenvorlage dürfe der Ausgangspunkt neuer Negotiationen werden und modus vivendi führen.

Wien, 30. Mai. Die „Montags-Revue“ enthält eine interessante Berliner Korrespondenz, in welcher ausgeführt wird: Der Vatikan schien gemeint, Preußen wolle nicht bloß abrüsten, sondern

seine Waffen im Wege der Gesetzgebung auch vernichten. Dies sei eine Täuschung gewesen, wozu der Reichskanzler keine Veranlassung gegeben. Wenn der Pronuntius von einer drohenden Sprache Nutzen bei den Verhandlungen erwartete und sogar die Möglichkeit des Verhandlungs-Abbruches andeutete, verfehlte dies Eindruck auf den Reichskanzler zu machen. Die preussische Regierung werde sich von den in den kirchenpolitischen Aktenstücken ausgesprochenen Grundfragen unter keinen Umständen entfernen. Wenn die Kurie keine Zugeständnisse mache, werde die Regierung, der durch die Vorlage Mittel zu strenger oder milderer Handhabung der Maigesetze gegeben werden sollen, letztere streng ausführen. Die Korrespondenz schließt: Wenn die Kurie die gebotene Hand weiter ablehnt, wird der Reichskanzler den Kampf mit um so größerem Nachdruck fortsetzen, dabei Mittel entwickeln, von denen weder Ultramontane, noch zaghafte Liberale bisher in der Vorlage etwas gemerkt haben, vorausgesetzt, daß der Landtag die Waffe nicht durch doktrinaire Schleifung abstuft.

Paris, 29. Mai. Die gestrige Niederlage Clemenceau's wird in allen republikanischen Kreisen einstimmig als eklatant kommentirt, die beruhigende Festigkeit der ministeriellen Sprache von der öffentlichen Meinung dagegen günstig begrüßt. Die radikalen Ultras suchen sich mit Schimpfen im größten Styl gegen Regierung und Kammer zu entschädigen. Die Sonntag Verhafteten, welche nachher straflos freigesprochen worden sind, veröffentlichten in Citoyen einen Aufruf zu einer neuen Manifestation für morgen, welche selbstverständlich in keiner Weise Unruhe erregt. Aufsehen macht ein Brief Rochefort's im „Mot d'Ordre“, worin er erzählt, daß sein ältester, in Paris studirender Sohn Sonntag auf dem Bastilleplatz von Polizei-Agenten durch zwei Säbelhiebe verwundet wurde, wofür Rochefort nach seiner Rückkehr nach Paris den Polizeipräsidenten Andrieux mit Ohrfeigen bedroht. Vielfach wird der Brief für apokryph gehalten, da es auffällt, daß Clemenceau gestern dieses effektvolle Moment nicht vorgebracht hat.

Die Kommission für gerichtliche Verfolgung des Herzogs von Padua wegen doppelten Botschafts dürfte mit 7 gegen 4 Stimmen den Antrag ablehnen.

Nachdem Rußland ebenfalls zugestimmt, ist der Zusammentritt der Botschafter-Konferenz in Berlin nimmere definitiv angenommen und demnächst zu erwarten. Die offizielle Proposition hierfür wurde übrigens von England gemacht, nachdem Freycinet auf der Durchreise Götchen's diesem gegenüber auf den ursprünglichen Vorschlag Granville's zurückgekommen.

Rom, 30. Mai. Deputirtenkammer. Seitens des Finanzministers wurden die in der letzten Session nicht berathenen Gesetzentwürfe vorgelegt und die Dringlichkeit für die Berathung der Maßsteuer-Vorlage beantragt. Die provisorische Finanzgebarung pro Juni wurde ohne Debatte genehmigt.

Die Dissidenten der Deputirtenkammer sind mit den Ministeriellen anlässlich der Wahl der 30 Mitglieder für die Budget-Kommission in Verbindung getreten. Die Ministeriellen und die Dissidenten kamen überein, 16 Ministerielle und 9 Dissidenten in die Kommission zu wählen und 5 Plätze den Konstitutionellen zu überlassen.

Rom, 30. Mai. Die Uebereinkunft der Ministeriellen mit den Dissidenten bezüglich der Wahlen für die Budget-Kommission erfolgte, nachdem die Konstitutionellen sich geweigert hatten, die von den Dissidenten geforderte, das Verhältnis ihrer numerischen Stärke übersteigende Anzahl von Dissidenten auf die Kandidatenliste für die Budget-Kommission zu setzen.

Rom, 30. Mai. Das Kabinet unternahm Friedensverhandlungen mit den Dissidenten. Die „Razione“ meldet den Eintritt der Führer derselben ins Kabinet. Wahrscheinlich würde Crispi das Äußere, Nicotera das Innere übernehmen. Der „Diritto“ meldet: das Kabinet werde nur im Falle eines Mißtrauensvotums abdanken.

Graf Harry v. Arnim ist angeblich hier eingetroffen.

Die päpstliche Presse hat Bismarck's Erlaß an den Prinzen Reuß todtegeschwiegen.

London, 30. Mai. Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel von gestern, der Minister des Auswärtigen, Savas Pascha, habe in dem Bestreben, die schwelenden Fragen einer raschen Lösung entgegenzuführen, seinen Abschied angeboten, falls ihm nicht Vollmacht erteilt würde, die bezüglichen Unterhandlungen ohne jegliche andere Kontrolle, als die des Sultans und des Großvezirs, weiterzuführen; auch würde er keine anderen Rathschläge, als seitens des Großvezirs, annehmen.

Petersburg, 30. Mai. Das „Journal de St. Petersburg“ publizirt ein Schreiben des Fürsten Gortschakoff, in welchem derselbe seine unmittelbar bevorstehende Abreise nach dem Auslande anzeigt und allen Denjenigen, welche ihm während seiner Krankheit ihre Sympathie bezeugten, herzlichen Dank ausspricht. — Dem „Golos“ zufolge wird der Minister des Innern, Makoff, am 2. Juni seine Reise in das Innere Rußlands antreten. Derselbe wird u. A. die Städte Nysinsk, Nishni-Novgorod, Tschistopol, Kazan, Ufa, Astrachan, Zarizin besuchen.

Konstantinopel, 29. Mai. Der englische Botschafter Götchen hat dem Minister des Auswärtigen, Savas Pascha, einen Besuch gemacht.

Konstantinopel, 30. Mai. Es verlautet, daß eine theilweise Veränderung des Ministeriums bevorstehend sei, um das Kabinet homogen zu gestalten; Said Pascha würde indeß den Vorst in Konfiskal behaltten.